

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis monatlich 2,- RM, bei Vorbestellung 1,50 RM, jährlich 18,- RM. Alle Postenhalter, Postämter und Vertriebsstellen sind an demselben teilhaftig. Der Vertrieb erfolgt durch den Postverkäufer. — Abrechnung eingezahlter Beiträge erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Raumzeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichspfennige. Werbeführer: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Abrechnung erfolgt durch den Postverkäufer. — Abrechnung eingezahlter Beiträge erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostitz behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 99 — 91. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Donnerstag, den 28. April 1932

## Irlands Freiheitskampf.

(Von einem Londoner Mitarbeiter.)

Seit Hunderten von Jahren wohnt in Irland auf kleinem Raum ein fleißiges, urwüchsiges Bauernvolk, das in den Zeiten der großen Reformation beim alten Glauben blieb und nicht protestierte. Dadurch sonderte es sich geistig und körperlich von der Hauptinsel, die England, Schottland und Wales beherbergt. Die Hauptinsel entwickelte unter neuen Impulsen Schiffahrt und Überseehandel. Ihre Männer eroberten Länder und organisierten sie für den gewinnbringenden Handel der Heimat. Die irische Insel dagegen blieb bei ihrer Landwirtschaft und ist das noch heute. Ihre Produkte konnte die irische Insel niemals ganz selbst verzehren. Der gegebene Markt war immer und wird immer bleiben die benachbarte größere Insel mit England, Schottland und Wales.

So liefen die wirtschaftlichen Beziehungen eigentlich in natürlichen Bahnen. Aber da die Bauern weder staatenbildend noch imperialistisch veranlagt waren, kauften die zu Reichtum kommenden benachbarten Engländer das Land langsam, aber sicher auf. Großgrundbesitz entwickelte sich in Irland, der schließlich so gut wie ganz in englische Hände geriet. Mit den Schwankungen im Werte des landwirtschaftlichen Produkts mußten die bestehenden, meist nicht in Irland selbst wohnenden Grundherren hantieren. So kam mit der Zeit jene Unterdrückung, die sich bis zur Ausfugung steigerte und im hartköpfigen Bauernvolk der Iren den Freiheitsdrang auslöste. Der englische Herr versuchte, dem Menschenüberschuß der Bauern einen Ausweg zu geben. Das englische Heer, die englischen Arbeiter rekrutierten sich zu einem hohen Prozentsatz aus Irland. Die Auswanderung über See, am häufigsten nach Nordamerika, kam aus Irland. Schließlich war zu einer gegebenen Zeit einmal in den Vereinigten Staaten jedes Dienstmädchen und jeder Acker ein Ire, fast jeder Unteroffizier im englischen Heer ein irischer, tapferer irischer Landsknecht. Das half aber alles nichts. Der Druck blieb, steigerte sich dauernd und brachte schließlich den siedenden irischen Dampf zum Bersten, d. h. zur Revolution gegen die englischen Herren.

Durch die Jahrhunderte zieht sich dieser furchtbar blutige irische Freiheitskampf als eine Dauererscheinung hin, bis er im gewaltigen Rahmen des Weltkrieges zu jener irischen Revolution führte, die um Pfingsten 1916 begann. Fünf volle Jahre lang kämpften die Iren um das edelste Symbol der Menschheit, die Freiheit. Fünf volle Jahre blutete das Volk in einer Weise, die in ihrem Willen zur Freiheit wenige Parallelen in der Geschichte findet. Am 6. Dezember 1921 zeichneten die Unterhändler von England und Irland dann einen Friedensvertrag, der den Kampf abschloß und dem Lande eine Verwaltungsfreiheit und Selbstbestimmung brachte, die aber immer noch im Rahmen des englischen Machtbereichs blieb. Die extremen Geister mußten außer Landes gehen, darunter der erste Freiheitskämpfer de Valera. Der Gedanke der Freiheit aber sitzt so tief im irischen Herzen, daß die Zweifel über den Inhalt des Friedensvertrages das Volk nie zur Ruhe kommen ließ.

Für uns muß dieser Vorgang, der jetzt zu dem englisch-irischen Konflikt über die Berechtigung des Untertaneneides des Parlamentes gegenüber der englischen Krone und die Verdrängung der Weitererhebung von Zahlungen für die von den englischen Großgrundbesitzern aufgegebenen Ländereien von denkbar größtem Interesse sein. Er hat nämlich die Folge, daß sich eine große Freiheitspartei in Irland gebildet hat, die zur Organisation einer Art Heeres geführt hat. Diese Armee ist der Faktor, um den sich augenblicklich alles dreht. Wenn de Valera, der vom Volk gewählte neue Präsident Irlands, mit seinen Forderungen an England, den Untertaneneid fallen zu lassen und die Zahlungen auf Ländereien aufzugeben, durchkommt, dann löst sich die irische Freiheitsarmee ganz von selbst auf. Denn dann hat sie ja das Ziel der endgültigen Freiheit erreicht. Die Engländer wiederum können im jetzigen Zeitalter der Zusammenfassung ihres Weltreichs in einen wirtschaftlichen Ring das bedenkliche Beispiel der Loslösung eines einzelnen Gliedes freiwillig nicht zulassen. Dieses Beispiel könnte zu ansteckend wirken und würde eines Tages in Südafrika, Australien und Neuseeland wahrscheinlich doch als Beispiel für die Loslösung von der Zentrale London wirken. Welche Lösung wird man mit Irland finden? Ist ein Kompromiß überhaupt möglich? Kann man diesen giftigen Kampf auf das wirtschaftliche Feld schieben, wozu in England stärkste Neigung ist? Es geht um das Prinzip: Soll Irland seine Reparationen weiterzahlen, oder sollen diese auf einen Schlag aufhören? Darin liegt die Parallele zu Deutschland, und darum ist es für uns vor der Lausanner Tributkonferenz außerordentlich wichtig, den Verlauf genau zu beobachten und den Ausgang aufzunehmen. Wenn England nachgibt, dann muß es auch für uns die Zwangsparagrafen aus dem Versailler Vertrag streichen und sich von selbst für die Aufhebung aller Tribute erklären. Wenn es nicht nachgibt, dann geht der Kampf weiter, denn auch Irland gibt nicht nach.

## Tardien kann nicht nach Genf kommen

### Was sind Angriffswaffen?

Die Forderungen Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz. Ministerialdirektor Brandenburg gab im Luftfahrt-Ausschuß der Abrüstungskonferenz eine Erklärung über den deutschen Standpunkt zu der Begriffsbestimmung der Angriffswaffen auf dem Gebiet der Luftfahrt ab. Er betonte, daß der Ausschuss jetzt die Aufgabe habe, festumrissene Vorschläge zu machen, welche Luftwaffen als Angriffswaffen anzusehen seien. Diese Aufgabe werde wesentlich erleichtert, weil hier ein historischer Vorgang im Versailler Vertrag und den gleichzeitigen Verträgen von 1919 vorliege. Diese Verträge hätten in eindeutiger Weise die Waffen bezeichnet, deren Abschaffung wegen ihres Angriffscharakters als eine unerlässliche Abrüstungsmaßnahme anzusehen war. Deutschland und andere Mächte hätten die militärische Luftfahrt

durch Zerstörung abgelehnt und auf diese Weise ein Beispiel für diejenigen Maßnahmen gegeben, die jetzt allgemein als wirksame Abrüstung durchgeführt werden müssen.

Ministerialdirektor Brandenburg brachte sodann einen deutschen Entschließungsentwurf im Hauptauschuß ein, nach dem der Luftauschuß erklärt, daß die gesamte Militär-Luftfahrt zu Lande und zu Wasser sowie der Abwurf von Kampfmitteln jeder Art aus Luftfahrzeugen unter die vom Hauptauschuß bereits festgelegte Begriffsbestimmung der Angriffswaffen fällt.

### Im Flottenauschuß

der Abrüstungskonferenz gaben die Vertreter der einzelnen Länder Erklärungen über den Standpunkt ihrer Regierungen zu der Frage der Angriffswaffen ab. Die Vertreter der angelsächsischen Länder verlangten übereinstimmend lediglich die Abschaffung der Unterseeboote. Der Vertreter Italiens stellte sich auf den Standpunkt Deutschlands und verlangte gleichfalls Abschaffung der U-Boote, der Unterseeboote und der Flugzeugmuttertschiffe, machte jedoch die Abschaffung der U-Boote von der Abschaffung der Unterseeboote abhängig. Der Vertreter Sowjetrußlands wies darauf hin, daß die Frage der Angriffswaffen bereits durch den Versailler Vertrag entschieden sei. Jedoch verlangte er die Zulassung von Unterseebooten mit geringer Tonnage. Japan verlangte lediglich Abschaffung der Flugzeugmuttertschiffe.

### Tardien sagt Genfer Reise ab.

Erkrankung inmitten des Wahlkampfes.

Die vielen Reden und Reisen der letzten Wochen haben den Ministerpräsidenten Tardien so stark ermüdet, daß ihm die Ärzte vorläufig strengste Ruhe empfohlen haben. Tardien ist ernstlich an einer Kehlkopfentzündung erkrankt. Er wird weder am Donnerstag in Velfort die beabsichtigte große politische Rede halten, noch am Freitag, wie ursprünglich geplant, nach Genf reisen können. Der Ministerpräsident hat an den ständigen französischen Vertreter beim Völkerverbund, Paul-Boncour, folgendes Telegramm geschickt:

„Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie den Herren Stimson, Macdonald, Brüning und Grandi folgende Mitteilung machen würden: Als ich gestern von dem Wunsch meiner Kollegen erfuhr, mich am Freitag in Genf zu sehen, habe ich zugesagt, obgleich ich bereits leidend war. Aber die starke Kehlkopfentzündung, an der ich leide, hat inzwischen derartige Fortschritte gemacht, daß meine Ärzte mir kategorisch die beiden Nachreisen untersagen. Sie verbieten mir ebenfalls, am Donnerstag in Velfort die politische Rede zu halten, die nunmehr durch einen meiner Regierungscollegen verlesen werden wird. Sie verlangen von mir bis auf weiteres vollkommene Ruhe. Ich bin selbst sehr unzufrieden damit, aber ich kann nichts dagegen machen. Ich bitte Sie, meinen Kollegen mein Bedauern auszusprechen.“

### In Genf große Überraschung.

Die Nachricht von der Erkrankung Tardiens und die Abgabe seiner zu Freitag früh angekündigten Rückkehr nach Genf hat allgemein große Überraschung hervorgerufen, da die gestrige Besprechung zwischen Macdonald, Stimson und Brüning und die zahlreichen vertraulichen Verhandlungen der letzten Tage ausschließlich der Vorbereitung der Besprechung am Freitag galten, in der zum ersten Male der Versuch einer Überbrückung der deutsch-französischen Gegensätze mit englisch-amerikanischer Vermittlung unternommen werden sollte.

In internationalen Kreisen werden die Folgen des Fernbleibens Tardiens eingehend erörtert. Es besteht der Eindruck, daß damit auf französischer Seite eine Verschiebung der Besprechung bis nach den französi-

schen Kammerwahlen bezweckt ist, und daß erst nach den französischen Wahlen die neue französische Regierung zu entscheidenden Verhandlungen über die Reparations- und Abrüstungsfrage bereit ist.

Wie verlautet, beabsichtigen Stimson und Macdonald, Ende dieser oder Anfang nächster Woche Genf zu verlassen, so daß infolgedessen die allgemein mit großer Spannung erwartete englisch-amerikanische Vermittlungskaktion zur Lösung der deutsch-französischen Gegensätze anscheinend nicht stattfinden wird.

### Der Gesundheitszustand Tardiens.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Erkrankung Tardiens nicht unbedenklich sei.

### Brüning bleibt bis Donnerstagabend in Genf.

Reichskanzler Brüning hat, wie von deutscher Seite mitgeteilt wird, seine Abreise von Genf nach Berlin auf Donnerstagabend festgesetzt.

### In Genf gerät alles ins Stocken.

Genf, 27. April. Nach der Abgabe Tardiens steht noch nicht fest, wann in Genf eine neue Zusammenkunft der führenden Staatsmänner der Großmächte stattfinden wird. Eine Teilnahme des amerikanischen Staatssekretärs wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, da Stimson am Freitagabend Genf verläßt. Es ist daher fraglich, ob die in Genf angestrebte Vorbereitung der Lausanner Konferenz und beabsichtigte Klärung der in Lausanne zu behandelnden großen Probleme in Genf noch erreichbar ist. Die Hinauszögerung ist — das muß sachlich festgestellt werden — lediglich auf die Abgabe Tardiens zurückzuführen. Es besteht in internationalen Kreisen übereinstimmend die Auffassung, daß die französische Regierung vor den Neuwahlen, die eine ganz andere Regierung ergeben können, entscheidende Verhandlungen in Genf einfach nicht wünscht. Unter diesen Umständen ist es gleichfalls fraglich, ob die ursprünglich vorgesehene Inangriffnahme der entscheidenden Abrüstungsfragen im Hauptauschuß, besonders die Verhandlungen über die Fragen der Gleichberechtigung und der Internationalisierung der Waffen, wie vorgesehen, nach Pfingsten stattfinden wird.

### England zur Abrüstungskonferenz und zur Reparationskonferenz.

Keine Verschiebung mehr möglich.

Von maßgebender Seite der englischen Abordnung wurden der Presse unter anderem allgemeine Mitteilungen über die Haltung der englischen Regierung auf der Abrüstungskonferenz und ihre Stellungnahme zu der Lausanner Reparationskonferenz gemacht: Die englische Regierung verfolgt in der Abrüstungspolitik das Ziel, eine breite Verständigungsgrundlage zu finden. In der für 1935 vorgesehenen neuen Konferenz wird eine weitere Herabsetzung der Flottenrüstungen angestrebt werden. In den gegenwärtigen Verhandlungen sind die dabei in Betracht kommenden entscheidenden politischen Fragen von den Führern der Abordnungen besprochen worden. Die bisherigen Besprechungen haben sich als richtunggebend für die weiteren Verhandlungen gezeigt. Es ist noch unentschieden, wann und in welcher Form sie fortgesetzt werden. Eine Lösung des ganzen Abrüstungsproblems wird jedoch nur durch ein internationales Abkommen möglich sein.

Zu der Lausanner Reparationskonferenz wird erklärt, aus den bisherigen Besprechungen hat sich ergeben, daß einige der zur Verhandlung gelangenden Fragen mit gutem Willen durchaus geregelt werden können. Eine weitere Verschiebung der auf der Lausanner Konferenz zur Aussprache stehenden Fragen ist jetzt nicht möglich. Die endgültige Regelung muß mit allen Mitteln angestrebt werden.

### Die politische Lage.

Berlin. Die Verhandlungen über die Neuauflösung der preussischen Regierung werden, wenn die Führer des Zentrums und der Nationalsozialisten, Prälät Raas und Adolf Hitler, am Donnerstag in Berlin eingetroffen sind, wahrscheinlich sehr bald beginnen. In Zentrumskreisen stellt man zwar in Abrede, daß bereits irgendwelche Unterredungen stattgefunden hätten und auch die Ankündigung, daß ein außerordentlicher Parteitag des preussischen Zentrums einberufen werden soll, scheint sich nicht zu bestätigen. Am Sonnabend tritt aber der Parteivorstand des preussischen Zentrums zu einer Sitzung zusammen, an der auch Prälät Raas teilnehmen wird. Die Feststellungen des Zentrums, daß die Partei Zeit habe, ihre Verhandlungspartner an sich heranzuführen zu lassen, hält man in der jetzigen Lage allgemein für eine Selbstverständlichkeit, und man hat auch Verständnis dafür, daß die ersten Unterredungen in strengster Vertraulichkeit geführt werden sollen. — Bemerkenswert ist dabei,